



Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik

Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts

Zu Beginn dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag in einer Sondersitzung die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Bis zum Jahr 2014 sollen insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

Eckpunkte des Sparhaushalts:

- 1. Forschung und Bildung** Das Ziel, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich diesen Bereich bereit zu stellen, bleibt bestehen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.
- 2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen** In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben, und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Weiter ist eine nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, geplant.
- 3. Sozialleistungen** Das System der sozialen Sicherung in Deutschland ist eines der besten und wird Bestand haben. Doch auch hier sind Einschnitte unumgänglich. So wird z.B. das Elterngeld moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Auch bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wird es Einschränkungen geben. Es ist klar, dass sich Menschen, die wie Rentner und Behinderte an ihrer Lebenssituation nichts ändern können, auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen können. Bei Arbeitslosen können wir aber die Bedingungen dafür verbessern, dass sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen und nicht mehr auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind.
- 4. Verteidigung** Hier ist vorgesehen, dass bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.
- 5. Bundesverwaltung** Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schuldenregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr



Berlin Aktuell Volker Kauder

Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



www.volker-kauder.de

13 WP 17

11.06.2010

2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die **Bundesagentur für Arbeit** wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, so dass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.
7. **Kommunen** Die Bundesregierung hat eine gesamtstaatliche Verantwortung in Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.
8. **Finanzmarktbranche** Um Finanzmarktkrisen, wie die gegenwärtige, zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - Haftung und Verantwortung - gestärkt werden. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Maßnahmen gegen Spekulanten

Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich liberale Koalition mit einem Gesetzentwurf entgegen, der in dieser Woche in erster Lesung im Parlament debattiert wurde und der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttransaktionen verbietet sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass

Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können. Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten. Darüber hinaus schafft der Gesetzentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Derivate.

Religionsfreiheit in der Türkei

Eine Delegation der Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche die Türkei besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der christlichen Minderheit zu machen. Nach Gesprächen in Istanbul reiste die Delegation weiter nach Südostanatolien zum Kloster Mor Gabriel.

Gespräche mit Vertretern fast aller Konfessionen zeigen, dass die Religionsfreiheit in der Türkei nicht im vollen Umfang gewährt wird. Besonders drastisch sind die Einschränkungen für die religiösen Minderheiten. So ist den Kirchen etwa die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses verboten. Gleiches gilt für das Unterrichten der eigenen Sprache. So dürfen beispielsweise die syrisch-orthodoxen Christen keinen Unterricht in Aramäisch, der Sprache Jesu Christi anbieten. Besonders prekär ist die Lage des Klosters Mor Gabriel, das aufgrund einer Reihe von vor Gericht ausgetragenen Streitigkeiten um Liegenschaften sich in seiner Existenz bedroht sieht. Die gravierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit in der Türkei sind nicht akzeptabel und müssen im Rahmen unserer wertegeleiteten Außenpolitik auch mit den Vertretern der türkischen Regierung besprochen werden.